

weiterung der Rechte des Landesrates, um Anhörung der saarländischen Delegation vor dem Rat und um die Ernennung des saarländischen Kommissionsmitgliedes auf Vorschlag der politischen Parteien lösten keinerlei Initiative aus, abgesehen von einem weiteren erfolglosen Vorstoß Brantings im Dezember 1924<sup>227</sup>. Da die Weltpresse besonders dieses Anliegen der Saarländer aufgegriffen hatte<sup>228</sup>, unternahm es das Sekretariat, ab 1924 durch Informationen an die Presse über den Stand der Saarfragen und die positiven Ergebnisse des Verwaltungssystems zu orientieren<sup>229</sup>. Die Demokratisierung des Systems hätte eine Revision des Vertrages bedeutet, politische Aktivität des Völkerbundes im Sinne seiner ideellen Grundlagen gefordert. Das Sekretariat indes betrachtete die Saarfrage nicht als politische Aufgabe im eigentlichen Sinne, sondern als Verwaltungsaufgabe. Diese Grundauffassung über das Saarstatut wurde von den politischen Parteien nie erkannt, akzeptiert oder gar verstanden. Als der Versailler Vertrag das Gebiet dem Völkerbund unterstellt hatte, war eine politische Annäherung an diese Konzeption primär erfolgt im Gedanken daran, daß das Ideengut des Völkerbundes für die Saar eine hoffnungsvolle Entwicklung ermögliche. Die Nichterfüllung der demokratischen Grundforderungen der Saarbevölkerung blieb eine dauernde Belastung der gesamten Ordnung. Das Verhältnis der politischen Parteien zur Regierungskommission behielt etwas vom Charakter grundsätzlicher Obstruktion, der die Sachlichkeit in der Beurteilung der Tätigkeit der Kommission fehlte. So urteilten selbst Männer, die der Saarbevölkerung mit großem Verständnis und Wohlwollen gegenübertraten wie der Kanadier Stephens<sup>230</sup> oder der Saarländer Koßmann<sup>231</sup>. Die Haltung der Parteien wurde auch durch die lange Dauer eines Verwaltungssystems hervorgerufen, das letztlich doch nur ein Vorstadium für das unabhängige und freie Plebiszit darstellen sollte.

Mit dieser Tatsache und dem Eindruck, den die französische Progression und die Politik der Regierungskommission in den ersten Jahren auf die Parteien gemacht hatten, hing eine dritte Tendenz zusammen, die in den

<sup>227</sup> Branting wies auf dieser Ratstagung erneut darauf hin, daß die Vertretung der Saarbewohner vor dem Rat gehört werden sollte und arbeitete die Verantwortung des Völkerbundes zur Entwicklung eines demokratischen Systems im Saargebiet heraus. S.D.N. J.O. V,4 (1924), S. 507.

<sup>228</sup> Vor allem die englischen Journalisten hatten sich in ihren Büchern zu Anwälten der demokratischen Forderungen der Saarländer gemacht: Osborne, a.a.O., Bischof, a.a.O., und besonders Donald, a.a.O., der klar herausstellte, wie die Sehweisen von Völkerbund und Saarbevölkerung verschieden blieben.

<sup>229</sup> S.D.N. Archives des Sect. du Secrétariat, Sect. Pol. Sarre, Nr. 56, Dossier Général I.

<sup>230</sup> Ebenda: In Nr. 56, 3 b ist ein Gutachten von Stephens von 51 Seiten, das er dem Sekretariat und englischen Regierungsstellen übersandte. Er besaß volles Verständnis für die Unpopularität des Regierungssystems (S. 10), legte aber auch dar, daß die Opposition nur aus der Situation zu erklären sei, 15 Jahre lang den Blick auf das Plebiszit offen zu halten (S. 29).

<sup>231</sup> Koßmann legte wiederholt dar, daß die Opposition gegen die Regierungskommission grundsätzlich sei und daß nach der Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland die Saarländer positiver über die gute Verwaltung der Reg.-Kom. urteilen würden. A. a. O., Nr. 57, Colban (personnel), Bericht über Besprechungen mit den Mitgliedern der Reg.-Kom. anlässlich eines Besuches an der Saar v. 5.—7. Februar 1925 und in einem Presseinterview 1927 (a. a. O., Nr. 56,2).